



Der Schwangerschaftsabbruch gehört zum Leben dazu

Reproduktion, Abtreibung und Verhütung: die unangenehmen und vernachlässigten Themen

Neulich in der Zwangsberatung

Meine Freundin formulierte den Satz, mit dem sie mir mitteilte, dass sie schwanger sei, mit der größtmöglichen Distanz. ›Hast du Lust, mal bei einer Zwangsberatung dabei zu sein? Es ist nun zufälligerweise passiert, dass ich zu einer solchen Beratung muss, da ich schwanger bin.‹ Ich glaube, ungefähr so sagte sie das.

»Das Schlimmste«, meinte sie, »ist, dass dir auf einmal klar wird, dass dir das tatsächlich passieren kann; dass du zu dem Teil der Weltbevölkerung gehörst, der es tatsächlich ausbaden muss, wenn beim Sex etwas schief läuft.«

Dass der Schwangerschaftsabbruch in der BRD immer noch rechtswidrig ist, wird oft vergessen, da er straffrei ist. Die Verschärfung des Gesetzes, die 1995 eine deutliche Einschränkung der Rechte, die ostdeutsche Frauen vorher hatten, darstellt, sieht u. a. eine Zwangsberatung vor. Diese brandmarkt Frauen als potentiell verantwortungslos, unwissend und unmündig. Für Männer gibt es in keinem Zusammenhang einen vergleichbaren Zwang. Ein Beratungszwang ist in sich ein Paradox: es geht hierbei nicht um Information, denn diese wäre durch vielfältige, freiwillige Beratungsmöglichkeiten vermittelbar, sondern um die Reproduktion patriarchaler Kontrolle und der Festschreibung von geschlechtlichem Rollenverhalten.

Wir gingen zusammen zu einer, wie wir später feststellten, evangelischen Beratungsstelle. Die Dame, die sich in ihren Vierzigern befand, aber recht jugendlich aussah, hatte ein Kalenderbild mit sich an den Händen fassenden Frauen und ein Selbstbildnis von Frida Kahlo an der Wand hängen. Sie reichte meiner Freundin gleich die von ihr unterschriebene Beratungsbe-

scheinigung, die sie für die Abtreibung dem Arzt vorlegen muss. Die vorformulierten Begründungen für eine Abtreibung, die bei dieser Beratung auf einem Formular anzukreuzen sind, stellen ausschließlich Problemfälle im Leben der Frau dar: gesundheitliche Probleme, Probleme in der Beziehung, befindet sich gerade in der Ausbildung etc. Wir fragten sie, was denn sei, wenn man einfach keine Kinder wolle, zumindest nicht jetzt, wo könne man das ankreuzen? Auch wenn man es rein theoretisch unter »Sonstiges« angeben könnte, wird den Frauen mit diesen Vorgaben suggeriert, dass eine Notlage vorliegen muss, damit sie das gesetzliche und vor allem moralische Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch haben. Die Entscheidung, tatsächlich keine Kinder zu *wollen*, ist nicht vorgesehen und wird in dieser Beratung ignoriert, womit alle Frauen als potentielle Mütter betrachtet werden, die nur durch bestimmte Sachzwänge daran gehindert werden, ihren natürlichen Mutterwunsch zu erfüllen. Dementsprechend sieht das »Beratungs«gespräch auch aus. Die Dame empfahl meiner Freundin sodann, sich doch gleich sterilisieren zu lassen.

Auch wenn keine ökonomischen oder sozialen Zwänge als Begründung für die Entscheidung zu einer Abtreibung bestehen, müssen Frauen ein selbstverständliches Entscheidungsrecht über ihre reproduktiven Fähigkeiten haben. Dass dies juristisch denkbar und machbar ist, zeigt das Beispiel Kanada: Dort hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass der Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft nichts anderes als eine ärztliche Behandlung und eine gesetzliche Einmischung deshalb unangebracht ist. Dementsprechend erklärte der oberste Gerichtshof das bestehende Abtreibungsgesetz 1988 nach längeren juristischen Auseinandersetzungen als verfassungswidrig und strich es ersatzlos. Mit dem Anspruch, dass Frauenrechte Menschenrechte sind, ist es schwer zu verstehen, warum dieses Beispiel aus den 1980er Jahren nicht längst in anderen Ländern diskutiert und übernommen wurde.

Hierzulande hat sich hingegen in den Argumenten der Gesetzgebung die Einschätzung niedergeschlagen, dass es nicht zu einfach gemacht werden solle, Zugang zu Abtreibungen zu erhalten. Bei keiner anderen medizinischen Prozedur gibt es derartige Aussagen, die darauf abzielen, das Entscheidungsrecht von mündigen Menschen über ihren Körper einzuschränken. Für Frauen scheint in Bezug auf ihre Reproduktionsfähigkeit dieses selbstverständliche Menschenrecht plötzlich nicht mehr zu gelten. Auch in privaten Gesprächen bin ich immer wieder überrascht darüber, dass dem Wunsch, Abtreibungen zu vermeiden, nicht damit begegnet wird, eine bessere Sexualaufklärung, sondern eine Verschärfung des Abtreibungsrechts zu fordern.

Neulich bei der Rötelimpfung

Die Sache mit der Rötelimpfung wurde uns Mädchen gar nicht wirklich erklärt. Ich kann mich nur daran erinnern, dass wir in der Schule plötzlich aufgerufen wurden, während der Unterrichtszeit ins Krankenzimmer zu kommen. Einige Mädchen munkelten, dass

diese Impfung, die nur uns Mädchen zuteil wurde, eine Vorsorge sei, damit wir mal keine behinderten Kinder bekämen. Davon abgesehen, dass ich zu der Zeit eine gehörige Panik vor Spritzen aller Art entwickelt hatte, behagte mir auch der Gedanke nicht wirklich, im zarten Alter von zwölf Jahren mit Impfstoffen, die Schwangerschaft, Mutterschaft und nervtötende Babys, die in mir wachsen könnten, betrafen, konfrontiert zu sein. Ich verließ mit meinen Mitschülerinnen die Klasse und ging mit ihnen in Richtung Krankenzimmer. Eine nach der anderen ging hinein; gruselig, ich sah sie wie durch ein Tor verschwinden und verändert wieder herauskommen.

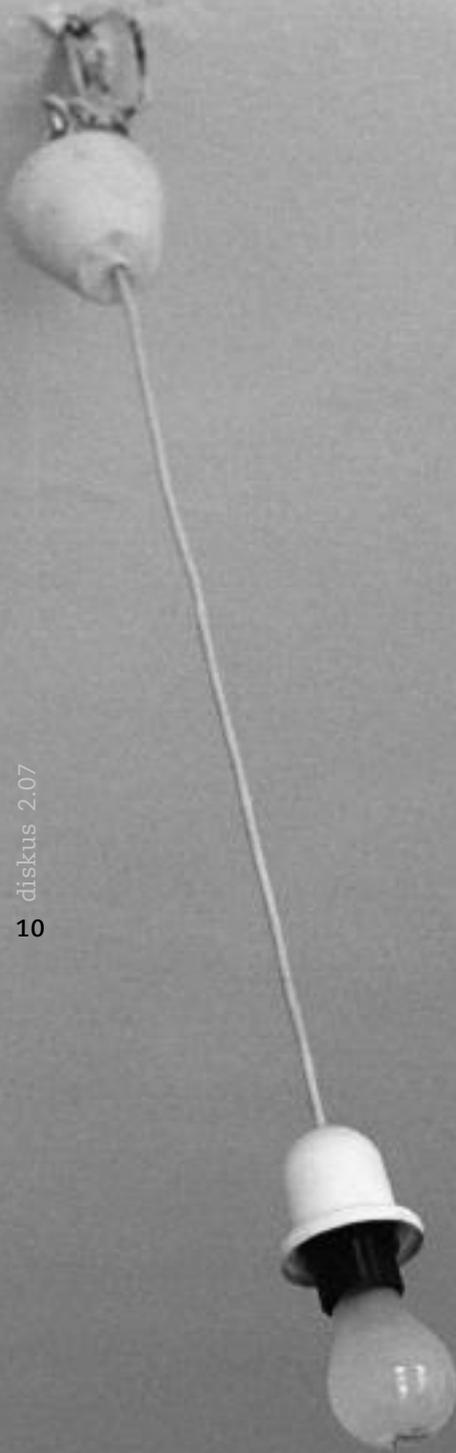
So wurde ich ohne Erklärung, ohne Diskussion via eines Gesundheitsdiskurses auf meine Rolle als Hüterin der nationalen Gesundheit vorbereitet. Wenn ein Staat aus sozialen, demografischen und gesundheitspolitischen Faktoren bestimmte Kinder als Gefahr für die Gesellschaft klassifiziert, kann der Frau plötzlich zugemutet werden, ihren angeblich natürlichen und sonst propagierten Selbstverwirklichungsdrang in der Mutterschaft einzuschränken. Das schlagende Argument der Gesetzesänderung von 1995 war, dass ein ohne die Frau nicht überlebensfähiger Zellhaufen zu einem Individuum konstruiert wurde, der dann als eigenständiges Rechtssubjekt der Frau gegenübergestellt wurde, um ihr das Recht auf Selbstbestimmung zu entziehen. Dieses entpuppt sich aber als scheinheilig, wenn Frauen bei Behinderung und Intersexualität des Kindes dazu bedrängt werden, abzutreiben. Denn dem Fötus wird nun plötzlich sein vermeintlicher Subjektstatus wieder entzogen. Ein bemerkenswerter Umstand.

Neulich bei der Sozialministerin

Es gibt bedauerlicherweise eine körperliche Tatsache, der man bzw. frau sich stellen muss: der Reproduktionsfähigkeit. Die meisten biologischen Frauen sind für eine gewisse Zeit ihres Lebens ihrer körperlichen Fähigkeit zum Gebären ausgesetzt und müssen diese wohl oder übel managen. Dieses Management bezieht sich nicht nur auf die Alternative von Verhütung oder Kinderaufzucht, sondern bringt weitere, sehr ideologisch geprägte Faktoren mit sich: von Verhandlungen mit Männern, doch bitte Kondome überzuziehen, weil man die Pille nicht mag oder verträgt, bis hin zu allwöchentlichen Rechtfertigungen, warum man denn mit 35 noch kinderlos sei.

Die Verantwortung für die Konsequenzen dieses Managements wird allein den Frauen überlassen. Das funktioniert nur, da gesellschaftliche Aufgaben mit dem Kurzschluss einer durch das biologische Schicksal bestimmten Bedeutung auf Frauen geschoben werden. Das passiert auf der privaten wie öffentlichen Ebene: Frauen werden dabei zusätzlich die ganzen restlichen Aufgaben der Fürsorge wie selbstverständlich zugeschant, vom inkontinenten Opa bis zum unterbezahlten Pflegejob. Die psychologische Zurichtung von Frauen zu sich selbst aufopfernden Müttern kam bisher noch jedem Staat zugute.

Immer noch ist ein mit bestimmten Merkmalen markierter sozialer Status einer Frau eng verbunden



mit biologischen Erwartungshaltungen an ihr geschlechtliches Rollenverhalten. Den meisten Leuten leuchtet es zwar ein, dass eine Minderjährige oder sich in der Ausbildung befindliche unverheiratete Frau abtreiben möchte, dieses Verständnis gilt aber für eine 30-jährige Ehefrau nicht.

Da die Frauen in der BRD nun scheinbar in den viel zitierten Gebärstreik gegangen sind, wie das Frösteln der Politiker angesichts des Rentenproblems es kundtut, stand die Sozialministerin von Sachsen, Helma Orosz im Juni 2006 mit ihrer Forderung, die finanzielle Unterstützung für Schwangerschaftsabbrüche zu reduzieren, nicht alleine da. Thüringen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Bayern unterstützten sie.

Aus dem bayerischen Sozialministerium hieß es: Die extrem hohen Quoten der staatlichen Finanzierung der rechtswidrigen Schwangerschaftsabbrüche stünden im deutlichen Widerspruch zum staatlichen Schutz des ungeborenen Lebens.

»Aber wir brauchen auch einen Mentalitätswechsel: Kinderkriegen muss wieder in sein« meinte Orosz in der SZ.¹ Dass dies nun sogar durch finanziellen Druck erreicht werden soll, zeugt aber nicht von einem Verständnis oder gar einer Anerkennung der reproduktiven Rechte und Bedürfnisse von Frauen. Die Einkommensgrenze, ab der eine Abtreibung wegen Bedürftigkeit von der Krankenkasse übernommen wird, sollte nach Orosz von 929 Euro auf 662 Euro herabgesetzt werden. Bei Kosten von über 500 Euro für eine Abtreibung in der Klinik frisst dieser Betrag bereits jetzt oft den halben Monatslohn vieler der zumeist ökonomisch schlechter gestellten Frauen auf.

Orosz äußerte im SZ-Interview zusätzlich, Verhütungsmethoden seien doch genügend verbreitet, so dass ungewollte Schwangerschaften eigentlich kaum vorkommen müssten. So eine Kurzsichtigkeit erwartet man ja eigentlich nur noch aus Bayern. Denn Sexualität ist bekanntlich nichts, das sich wie gut geordnete Formulare verwalten ließe. Diese Argumentation zielt auf das alte Urteil ab, dass die sexuelle Lusterfüllung von Frauen und deren selbstbestimmte Ausübung von diesen teuer bezahlt werden müsse.

Die Gebärmutter ist, wie das dafür gewählte Wort bezeugt, ungemein symbolträchtig für unsere Gesellschaft. Den aktuellen Debatten nach müssen meine Geschlechtsgenossinnen nun auch noch überlegen, ob sie tatsächlich jeden Monat für Deutschland bluten wollen. Denn wenn weißen deutschen Frauen die Verantwortung der demografischen Zukunft der Nation aufgebürdet wird, während Kinder aus migrantischen Familien nur als Problemfall der deutschen Gesellschaft dargestellt werden, propagiert eine solche Reproduktionspolitik noch dazu eine ausschließlich weiße deutsche Identität.

Vielleicht wäre aber eher die Diskussion über einen neuen Geschlechter- und Gesellschaftsvertrag angebracht, so dass die Gesellschaft Frauen in ihren reproduktiven Rechten unter allen Umständen unterstützt. Dann würden nicht die Frauen die alleinige Verantwortung für ihre Gebärfähigkeit tragen, von der aber die gesamte Gesellschaft profitieren will.

Neulich bei der Demo

Am 23. September 2006 riefen christliche Gruppen zu einem Trauermarsch für getötete Kinder auf. Den etwa 600 ChristInnen, die mit weißen Holzkreuzen die Straße Unter den Linden in Berlin entlang zogen, traten traurige zwölf GegendemonstrantInnen gegenüber. Deutlicher kann kaum präsentiert werden, dass Abtreibung hierzulande für linke und feministische Gruppen kein Thema mehr ist. Die Suggestion, dass die Frauen aufgrund der Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs nun mal Ruhe geben und vor allem nicht mehr auf das lästige moralische Recht auf den Abbruch beharren sollten, scheint aufgegangen zu sein. Bei aller Liebe und Lust am Dekonstruieren des Geschlechts wurde bisher außer Acht gelassen, dass sich Themen wie Abtreibung oder Verhütung als freudiges Objekt anbieten, den Ringelreihen des Verqueerens der Geschlechter zu erweitern. Und zwar mit mindestens so viel Spaß wie Dildos, Lippenstiften und Schnurrbärten.

Die Institution der Heterosexualität bezieht ihre natürliche Legitimation vor allem aus der zweigeschlechtlichen Reproduktion. Diese zu unterlaufen, die gesellschaftliche Konstruktion von Mütterlichkeit und Väterlichkeit zu hinterfragen und sich dem ›natürlichen‹ Schicksal durch einen Schwangerschaftsabbruch zu verweigern, sind für die Dekonstruktion der Kategorie Gender sehr hilfreiche Tools. Präsent sind sie in diesem Bereich hingegen kaum. Warum haben sich die Queer Theories und andere jüngere feministische Gruppen dieses Komplexes noch nicht angenommen? Ich vermute Berührungsängste gegenüber einem Thema, das so sehr an den körperlich-biologischen Vorgängen zu kleben scheint. Wenn Schwangerschaft für unsere Gesellschaft als ultimativer Beweis biologischer Weiblichkeit fungiert, fasst man Themen, die so sehr nach determinierter Körperlichkeit riechen, nur mit Fingerspitzen an – obwohl der Schwangerschaftsabbruch diese Konstrukte gerade unterläuft.

Ein anderer Grund mag sein, dass die Zweite Frauenbewegung der 1970er Jahre, die gemeinhin mit dem Kampf gegen den § 218 assoziiert wird, auch mit essentialistischen Konzeptionen von neuer Mütterlichkeit, der Idealisierung biologischer Weiblichkeit und dem Bild des immer wieder als lächerliches Beispiel herbeizitierten gemeinsamen Menstruierens in Verbindung gebracht wird. Zudem wird Queering normalerweise mit der Überschreitung der Geschlechtergrenzen zwischen männlich und weiblich und mit offen zur Schau gestellter sexueller Nonkonformität verbunden – und nicht mit einer heimlichen Verweigerung innerhalb einer Geschlechterrolle. Das Thema Abtreibung ist aus dem Sumpf der Vorurteile gegenüber der alten Frauenbewegung nicht ans Licht der zeitgenössischen Gender Studies geholt worden. Aber es wird Zeit, dies schleunigst nachzuholen.

In Polen z. B. arbeiten feministische und queere AktivistInnen eng zusammen, auch im Kampf gegen das Abtreibungsverbot. Dass das Recht auf Abtreibung im Kontext sexueller Selbstbestimmung nicht fehlen darf, haben dort alle progressiven Bewegungen erkannt. In der BRD ist dies leider nicht der Fall. Dieses man-

gelnde Interesse ist bedauerlich, wenn man sich die bereits bestehenden Zustände von moralischer Verurteilung, Zwangsberatung und Mutterkult, die allesamt physisch und psychisch von Frauen ausgebadet werden müssen, in unserer Gesellschaft ansieht. In weiten Landstrichen in Bayern und in Österreich haben Frauen gar keinen Zugang zu Abtreibungen in Kliniken mehr, da sich das Gesundheitspersonal kollektiv weigert, diese durchzuführen. Wer beispielsweise in Passau an einer Klinik angestellt werden will, muss ein Dokument unterschreiben, das besagt, dass man keine Abbrüche vornehmen wird.² Das Ignorieren dieses Themas könnte Frauen teuer zu stehen kommen, denn die Konservativen schlafen nicht. Wie gefährlich es tatsächlich schon ist, bezeugt eine Studie der WHO, die besagt, dass weltweit alle sieben Minuten eine Frau an einem medizinisch nicht fachgerecht durchgeführten Abbruch stirbt, da die gesetzlichen Bestimmung ihres Landes diesen verbieten. Damit sind unsichere Schwangerschaftsabbrüche der Hauptgrund für die Sterblichkeit von schwangeren Frauen³.

Dass auch wir uns nicht in Sicherheit wiegen können, bezeugt der Backlash in Polen, wo die von der Kirche und anderen konservativen Kräften angestachelte Gesellschaft in den 1990er Jahren mit eiserner Hand die Frauen wieder zurück an den Herd schickte. Abtreibung ist seither nur noch in Fällen eines schweren Gesundheitsrisikos der Frau, Vergewaltigung und Behinderung des Fötus erlaubt. In Polen gibt es Hunderte von Ärzten, die am Morgen im Krankenhaus eine Abtreibung »wegen moralischen Bedenken« verweigern, am Nachmittag in ihren eigenen Arztzimmern aber eine Abtreibung gegen private Bezahlung durchführen. Dort stehen 160 legal vorgenommenen Abbrüchen ca. 200 000 illegale jährlich gegenüber. Solange Abtreibung im medizinischen und gerichtlichen System verwaltet wird, haben Ärzte und anderes Gesundheitspersonal die Möglichkeit, Frauen durch respektlose Behandlung, Zurückhalten von Information, Verlängerung von Wartezeiten und dem Verlangen unnötiger Dokumente den Zugang zu Abtreibung unmöglich zu machen. In Polen wird in Frauenberatungszentren sogar schon ganz vom Versuch einer legalen Abtreibung abgeraten, um den Frauen diesen nervenaufreibenden Prozess zu ersparen; sie empfehlen hingegen, besser gleich eine illegale Abtreibung vorzunehmen. Da Ärzte sich weigerten, schwangere Frauen in Kliniken zu behandeln, weil dadurch ihre Schwangerschaft gefährdet worden sei, gab es bereits Todesfälle und Fälle von drastischen gesundheitlichen Schäden von Frauen, was diesen Bedenken Recht gibt.

International ist Abtreibung mittlerweile ein lukratives Geschäft geworden, weshalb Ärzte in vielen Ländern gar kein Interesse an deren Legalisierung haben, da illegale Abbrüche ein gutes Nebeneinkommen gewährleisten. Ein Beispiel ist der Backlash in den USA. Hier wird mit dem Argument, dass man das (vor allem christlich-fundamentalistische) Gesundheitspersonal nicht zwingen könne, gegen seine ethischen Überzeugungen zu handeln, und durch das Kriminalisieren von Abtreibung in verschiedenen Bundesstaaten nach und nach das Recht auf legale Abbrüche abgebaut oder der Zugang immens erschwert. Angesichts der Tatsache, dass Abtreibungsgegner sich nicht mit der

gleichen Vehemenz, mit der sie Frauen dazu bringen wollen, ungewollte Schwangerschaften auszutragen, um Kinder kümmern, die bereits am Leben sind, scheint es tatsächlich eher darum zu gehen, Frauen die Entscheidungshoheit über ihre Reproduktionsfähigkeit zu versagen denn unter allen Umständen ein Kinderleben zu retten. Dieser Befürchtung geht Christina Page in ihrer neuen Studie »How the Pro-Choice Movement saved America. Freedom, Politics and the War on Sex« nach. Darin belegt sie, dass die Pro-Life-Bewegung nicht nur gegen Abreibung vorgeht, sondern auch gegen das effizienteste Mittel ungewollte Schwangerschaften zu verhindern, nämlich das Benutzen von und die Aufklärung über Verhütung. In South Dakota, Mississippi und Arkansas wurden mithilfe der Lobby-Arbeit der Pro-Life-Bewegung bereits Gesetze erlassen, die Gesundheits- und Apothekenpersonal erlauben, aufgrund eigener moralischen Überzeugungen Dienstleistungen bezüglich Abreibung und Verhütung zu verweigern. Das ging so weit, dass in einem dokumentierten Fall sogar ein Apotheker einer Frau nach einer Vergewaltigung die Herausgabe der Pille danach verweigerte, aus »ethischen Bedenken«.

Die Frage, was es denn nun tatsächlich sei, was da vernichtet wird, ist nicht abschließend zu beantworten. Alle Beurteilungen funktionieren nur durch eine ideologische Brille. Gerade deshalb ist es wichtig, diese nicht den Abtreibungsgegnern zu überlassen. Die technische Darstellbarkeit des Fötus' im Uterus hat sich in den letzten Jahren enorm verbessert, was es Abtreibungsgegnern sehr leicht macht, mit dessen Leben zu argumentieren. Denn unabhängig davon, was in einem Fötus wann funktioniert oder was eben nicht, sieht er bereits in einem sehr frühen Stadium menschenähnlich aus, weshalb seine Darstellung leicht zu populistischen Zwecken missbraucht werden kann und wird.

Neulich im Fernsehen

Während ich an meinen Buch »Deproduktion« arbeitete, habe ich kaum eine Frau getroffen, die mir nicht eine Geschichte über eine Abtreibung erzählen konnte, oder die während unseres Gespräches nicht irgendwann einen Wutanfall bekam, wie in unserer Gesellschaft mit Frauen, die einen Abbruch durchführen haben lassen, umgegangen wird. Deshalb habe ich mich oft gefragt, wo diese ganze legitime Wut ein Ventil findet und warum sich Frauen das Thema kollektiv nicht wieder aneignen. Obwohl etwa ein Drittel aller Frauen weltweit in ihrem Leben wenigstens eine Abtreibung hat, ist deren Erfahrung immer noch kein Thema, das gesellschaftlich verhandelt wird. In Literatur, in Spielfilmen und in der Kunst gibt es nur sehr rare Beispiele für eine Auseinandersetzung mit der Thematik. Die wohlthuende Respektlosigkeit bei »South Park« oder den Filmen John Waters' wie »Female Trouble« oder »Polyester« stehen relativ alleine auf weiter Flur. Andere Beispiele sind Filme wie das Drama »If These Walls Could Talk«, »The Ciderhouse Rules«, oder die Politsatire »Citizen Ruth«, die alle sehr unterschiedliche Möglichkeiten der Verhandbarkeit des Themas darstellen.

Angesichts des Backlash in den USA hat sogar die Serie »Sex and the City« eine kleine Revolution erlebt, als in der vierten Staffel eine komplette Episode sich Abtreibungen widmete. Hauptprotagonistin Carrie hat eine entschuldigende Geschichte: sie war jung und der Typ nicht der Richtige. Samantha hatte bereits zwei Abbrüche und entschuldigt sich wie gewohnt für nichts. Miranda ist gerade schwanger und will ohne Wenn und Aber eine Abtreibung, entscheidet sich dann aber Minuten vor dem Eingriff dagegen, da dies krankheitsbedingt mit großer Wahrscheinlichkeit ihre einzige Möglichkeit sei, je ein Kind zu bekommen. Dies sind einige der sehr wenigen Beispiele von filmischen Bearbeitungen des Themas, und die beinahe unumstößliche Regel der amerikanischen Film- und Fernsehbranche bleibt aufrecht: Unter Umständen dürfen Abtreibungen thematisiert werden, nie darf aber eine Protagonistin tatsächlich in der Erzählzeit der jeweiligen Sendung eine haben. Am Ende bekommt sie entweder das Kind doch oder sie hat eine Fehlgeburt. Aufgrund dieses Mangels einer Repräsentation an tatsächlichen Erfahrungen von Frauen, haben diese häufig nur die Möglichkeit, ihre Abtreibungs-Erlebnisse im Zerrspiegel der politischen, moralischen und religiösen Kämpfe zu erleben. Kein Wunder also, dass somit Postabtreibungstraumata herbei zitiert werden können. Angesichts des Umstands, dass aus einem ohne die Frau nicht überlebensfähigem Zellhaufen eine »Person« konstruiert wird, und zum anderen durch Konstrukte von Mutterinstinkten, denen Frauen biologisch und emotional ausgeliefert seien, ist sicherlich die Frage angebracht, inwieweit der moralische Druck, der auf Frauen hinsichtlich ihrer reproduktiven Fähigkeiten lastet, solche Traumata erst auslöst. Tatsächlich ergab eine Studie der American Psychological Association (APA) mit 360 Frauen, dass die Zeit des größten Stresses, der Angstgefühle und der Unsicherheit vor der Abtreibung liegt und nicht danach. Laut APA haben Abtreibungen keinen negativen Einfluss auf die psychische und physische Gesundheit von Frauen; was Traumata auslöse, sei hingegen die ungewollte Schwangerschaft selbst und der Umstand, keinen sicheren Zugang zu Abtreibungen zu haben.

Liebe, Begehren und Sexualität bringen in der Praxis ein Verhalten mit sich, das sich nicht bis ins letzte Detail kontrollieren und disziplinieren lässt. Selbst die verantwortungsvollste Verhütung schützt nicht immer vor ungewollten Schwangerschaften. Deshalb betonten Cyberfeministinnen wie Rosa Braidotti, Frauen sollten sich Technik aneignen um zu verhindern, dass technische Innovationen und die damit einhergehende Optimierungsideologie dazu benutzt würden, Frauen in ihrer Reproduktionsfähigkeit zu kontrollieren. Stattdessen sollten diese Techniken Frauen dabei helfen, sich von den »biologischen« Gegebenheiten ihres Körpers zu befreien. Schwangerschaftsabbrüche gehören zu einem selbstbestimmten Leben. Darüber hinaus stellt der Abbruch auch hinsichtlich des sozialen und ökonomischen Drucks auf Frauen in unserer Gesellschaft eine Notwendigkeit dar. Da unsere Gesellschaft dies »moralisch« nicht verkraften kann, prügelt sie mit Images von unschuldig

dahin gemetzelt auf Frauen ein. Ob die weitgehende Ausklammerung dieses Themas aus den öffentlichen Diskursen der letzten Jahre darin begründet liegt, dass der Schwangerschaftsabbruch heterosexuelle Normen der Arbeitsteilung in Frage stellt, oder welche Notwendigkeit er in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung darstellt, die das Leben auf dessen Effizienz ausrichtet, das wäre doch mal ein begrüßenswertes Thema für die Doktorarbeiten der nächsten Jahre.

Sarah Diehl

Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Aufsatzes in Sonja Eismann (Hg.): *Hot Topic. Popfeminismus heute*. Ventil Verlag 2007. Das Inhaltsverzeichnis findet ihr auf der Homepage des Verlages <http://www.ventil-verlag.de>.

***.notes**

#1 s. SZ vom 28. 6. 2006, <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/359/79280/> [letzter Zugriff: 31.7.2007]

#2 vgl. u. a. Martin Reitmeier: Abtreibungen am Klinikum? Dieses Thema spaltet Passau! In: *Wochenblatt* vom 18.7.2007, <http://www.wochenblatt.de/live/php3/redaktion/ausgabevolltext.php3> [letzter Zugriff: 16.8.2007]

#3 s. http://www.who.int/reproductive-health/unsafe_abortion/map.html [letzter Zugriff: 16.8.2007]

***.txt**

— Berer, Marge: *Abortion Law, Policy and Practice in Transition*. Reproductive Health Matters, Vol. 12, No. 24, November 2004.

— Braidotti, Rosa und Lykke, Nina (Hg.): *Between Monsters, Goddesses and Cyborgs: Feminist Confrontations with Science, Medicine and Cyberspace*. London: Zed, 1996.

— Kröger, Inga, van Olst, Nieke und Klingholz, Reiner: *Das Ende der Aufklärung. Der internationale Widerstand gegen das Recht auf Familienplanung*. Berlin: Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2005.

— Klugmann, Barbara, Budlender, Debbie und The Johannesburg Initiative: *Advocating for Abortion Access*. Eleven Country Studies. Johannesburg: Witwatersrand University Press 2001.

— Page, Christina: *How the Pro-Choice Movement saved America*. Freedom, Politics and the War on Sex. New York: Basic Books 2006.

— Polish Federation for Women and Family Planning: *Contemporary Women's Hell*. Warschau 2005.

— Martin Reitmeier: Abtreibungen am Klinikum? Dieses Thema spaltet Passau! In: *Wochenblatt* vom 18.7.07. <http://www.wochenblatt.de/live/php3/redaktion/ausgabevolltext.php3> [letzter Zugriff: 16.8.2007]

— Rosenberg, Martha: Ob die Abtreibung gefährlich ist, ist eine Frage des Geldes. Interview von Jessica Zeller. *Nachrichtenpool Lateinamerika* Nr. 697 vom 29.11.05, <http://www.npla.de/poonal/p697.html#AR GENTINIEN> [letzter Zugriff: 16.8.2007]

— subRosa: *Gestohlene Rhetorik: Die Aneignung der Wahl durch die ART Industrien* [Stolen Rhetoric: The Appropriation of Choice by ART Industries], Kunstforum International, Jan - Mar, Volume 158, 2002.

